



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

1. Februar 2019



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus



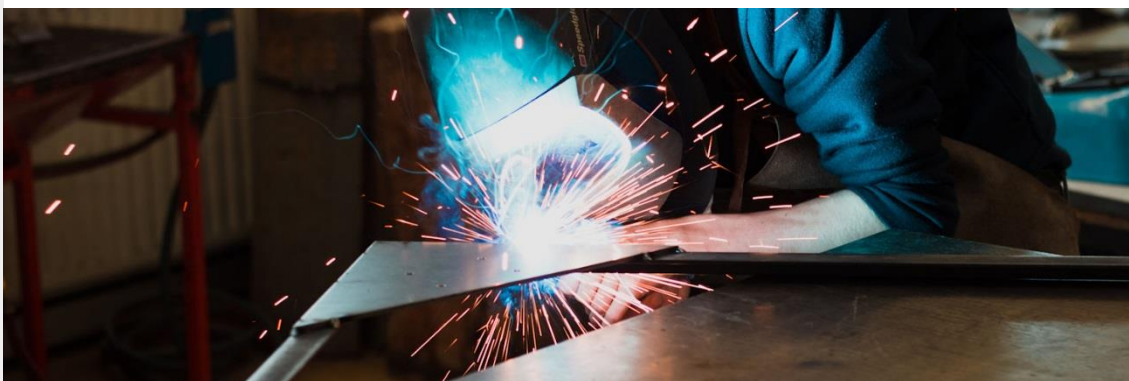
Am Donnerstagmorgen gedachte der Deutsche Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus. Gastredner war der israelische Historiker und Holocaust-Überlebende Saul Friedländer. Durch historische Tagebucheinträge und Briefwechsel, aber auch durch seine eigene Familiengeschichte machte Friedländer auf eindruckliche Weise das geschehene Grauen deutlich. Er verband dies mit der Warnung, dass in der heutigen Zeit sowohl auf Seiten der extremen Rechten, als auch auf Seiten der extremen Linken Israels Existenzrecht in Frage gestellt werde und der "Antisemitismus in seinem traditionellen wie in seinem neuen Gewand wieder unübersehbar zunimmt". Auch Fremdenhass, die Verlockung autoritärer Herrschaftspraktiken und ein sich immer weiter verschärfender Nationalismus seien überall auf der Welt "in Besorgnis erregender Weise" auf dem Vormarsch. Den Menschen in Deutschland gab Friedländer ermutigende Worte mit auf den Weg: "Wir alle hoffen, dass Sie die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum, für die wahre Demokratie zu kämpfen".

Bundestagspräsident **Dr. Wolfgang Schäuble MdB** (Wahlkreis Offenburg) unterstrich, wie wichtig es ist, der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken: "Geschichte vergegenwärtigen - das ist uns umso mehr Verpflichtung, als wir erkennen müssen, dass es auch in unserer Gesellschaft noch immer gefährliche Stereotype und Vorurteile gibt. Ausgrenzung

und Diskriminierung. Einen Antisemitismus in unterschiedlichem Gewand, den alten und auch einen neu zugewanderten. Beides ist inakzeptabel - erst recht in Deutschland".

Auch **Thorsten Frei MdB** (Wahlkreis Schwarzwald - Baar), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sieht die Zunahme antisemitischer Äußerungen sowohl in der virtuellen als auch in der realen Welt mit Sorge: "Wir müssen auf allen Feldern wachsam bleiben und uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass jüdisches Leben in Deutschland vor Gefährdungen jeglicher Art geschützt ist". Der auf maßgebliche Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr beschlossene Antrag "Antisemitismus entschlossen bekämpfen" sei hierbei ein wichtiger Schritt.

Standort Deutschland zukunftsfest machen



In ihrem Jahreswirtschaftsbericht, der am Mittwoch vorgestellt und am Donnerstag im Deutschen Bundestag debattiert wurde, geht die Bundesregierung von einem Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent für das Jahr 2019 aus. **Dr. Joachim Pfeiffer MdB** (Wahlkreis Waiblingen), wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ordnet die Zahl ein: „Es ist erfreulich, dass die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr auf Wachstumskurs bleibt, auch wenn sich die Aussichten gegenüber den Prognosen des Vorjahres eingetrübt haben. Der Boom am Arbeitsmarkt hält an, die Nettolöhne sollen deutlich steigen. Das zeigt: Das Wachstum kommt bei den Bürgern an. Angesichts des schwierigeren wirtschaftlichen Umfelds gilt es aber, das Land zukunftsfest zu machen. Das Credo muss lauten: Entlasten statt belasten“.

Auch für **Christian Freiherr von Stetten MdB** (Wahlkreis Schwäbisch Hall – Hohenlohe), Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand, ist es eine Warnung, dass die Bundesregierung die in der Herbstprognose gefasste Prognose von 1,8 Prozent Wirtschaftswachstum nach unten korrigieren musste: „Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre verlangsamt sich. Das schwierige internationale Umfeld mit BREXIT, Diskussionen um Schutzzölle und zunehmenden politischen Konflikten macht gerade unseren exportorientierten Familienunternehmen und mittelständischen Betrieben zu schaffen. Es gilt daher zügig die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern, um Wachstumsimpulse zu setzen. Ganz oben auf der Agenda steht dabei die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, der für Mittelständler wie Handwerker und Dienstleister aber auch Freiberufler Teil der Unternehmenssteuer ist. Es geht also nicht um Superreiche, sondern um diejenigen, die in Deutschland Arbeitsplätze schaffen und junge Leute ausbilden“.

Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts



Von **Olav Gutting MdB** (Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen)

Die deutsche Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Angesichts veränderter Rahmenbedingungen müssen wir Deutschlands wirtschaftliche Stärke immer wieder neu sichern. Der Systemwettbewerb mit China, die Energiesicherheit unseres Industriestandorts, die internationalen Einflüsse der Globalisierung oder auch der bevorstehende EU-Austritt des Vereinigten Königreichs – all das erfordert klare Konzepte der CDU. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft trotz der Widrigkeiten zu erhalten, ist eine Modernisierung des deutschen Unternehmenssteuerrechts zwingend notwendig; dies gehen wir mit unseren Reformvorschlägen an.

Das Hauptziel, die Steuerbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent zu begrenzen, soll über eine Reform des Gewerbesteuerrechts, des Außensteuerrechts sowie die Schaffung einer rechtsformneutralen Besteuerung („Optionsmodell“) erreicht werden. Flankiert werden diese für die Unternehmen spezifischen Rechtsänderungen durch die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Privatpersonen und Unternehmen, auch im Rahmen der Körperschaft- und Abgeltungsteuer. Wichtig ist nun, einen Beschluss über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages zu fassen, unabhängig von den einzelnen Entlastungsstufen und Entlastungszeitpunkten! Weitere Forderungen im Zusammenhang mit dem Unternehmenssteuerrecht beziehen sich auf den Abbau von Bürokratie, auch durch Nutzung der Digitalisierung, um z.B. Erklärungs- und Meldepflichten zu reduzieren, die Forcierung der zeitnahen Betriebsprüfungen und die Optimierung bestehender Strukturen. So soll die steuerliche Forschungsförderung für alle Unternehmen (unabhängig von ihrer Größe) eingeführt und die Abschreibungsbedingungen verbessert werden, um Liquidität für Investitionen zu schaffen.

Deutlich weniger Asylanträge in 2018



Die Zahl der im Jahr 2018 gestellten Asyl-Erstanträge sank gegenüber dem Vorjahr um 18,3 Prozent auf knapp 162.000. Für **Thorsten Frei MdB** (Wahlkreis Schwarzwald - Baar), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Innen- und Rechtspolitik, unterstreicht dies, dass der "Migrationsdruck auf Deutschland weiter abgenommen hat und sich das Migrationsgeschehen weiter normalisiert. Die zahlreichen, in den vergangenen

dreieinhalb Jahren auf den Weg gebrachten Maßnahmen und Gesetze zeigen Wirkung. Insbesondere haben wir den angepeilten Korridor einer Nettozuwanderung von 180.000 bis maximal 220.000 deutlich unterschritten."

Die Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weiteren Handlungsbedarf gebe. Frei machte darauf aufmerksam, dass die irreguläre Zuwanderung immer noch deutlich über dem Niveau von vor zehn Jahren liege. "Wir müssen vor allem zusammen mit unseren europäischen Partnern den Außengrenzschutz verstärken, wir müssen durch eine praktikablere Ausgestaltung von Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam die Effektivität bei Rückführungen endgültig abgelehnter Asylbewerber steigern und wir müssen auch die Dauer der Asylverfahren beispielsweise durch eine Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten straffen", so Frei.

Diesel-Fahrverbote und Luftqualität in deutschen Städten



Felix Schreiner MdB (Wahlkreis Waldshut) hat sich dafür ausgesprochen, die dem Bundestag vorliegende Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) nun zügig zu beschließen. Im Rahmen einer Expertenanhörung des Bundestages begrüßte der Verkehrspolitiker aus dem Wahlkreis Waldshut den Gesetzentwurf: „Die uns vorliegende Novelle schafft die dringend benötigte Rechtssicherheit für den Umgang mit Fahrverboten. Damit setzen wir nun um, was der Koalitionsausschuss Anfang Oktober 2018 vereinbart hatte“, so Felix Schreiner.

Der Gesetzentwurf stellt klar, dass in Gebieten, in denen bei Stickstoffdioxid (NO₂) der Wert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft (µg/m³) im Jahresmittel nicht überschritten wird, in der Regel keine Verkehrsverbote erforderlich sind. In diesen Gebieten sei davon auszugehen, dass der Luftqualitätsgrenzwert aufgrund der von der Bundesregierung seit 2017 auf den Weg gebrachten Maßnahmen in absehbarer Zeit eingehalten werde, so Felix Schreiner. Der Verkehrspolitiker sieht die Regelung „als Ausdruck des vom Bundesverwaltungsgericht formulierten Grundsatzes, dass Fahrverbote nur dann zulässig sind, wenn sie die einzig geeignete Maßnahme zur schnellstmöglichen Einhaltung des NO₂-Grenzwerts darstellen“. In vielen Städten gebe es indes geeignetere Maßnahmen, um die oftmals geringfügige Überschreitung des Luftqualitätsgrenzwerts unter die europarechtliche Vorgabe zu senken, erklärte Felix Schreiner. „Damit verhindern wir unverhältnismäßige Fahrverbote, die Bürger und Unternehmen stark belasteten“, so der Verkehrspolitiker weiter.

Der vorliegende Gesetzentwurf regelt außerdem, dass aus Gründen der Verhältnismäßigkeit Diesel-Pkw mit den Abgasnormen EURO 4 und EURO 5 von Verkehrsverboten ausgenommen werden, wenn sie im realen Fahrbetrieb nur geringe Stickstoffoxidemissionen von weniger als 270 Milligramm pro Kilometer aufweisen. Ausgenommen werden auch alle Diesel-Pkw mit der Abgasnorm EURO 6. „Dadurch schafft der Gesetzentwurf auch Rechtssicherheit für die Halter von nachgerüsteten Fahrzeugen“, so Felix Schreiner. Seit dem Koalitionsausschuss im Oktober 2018 habe das Bundesverkehrsministerium die rechtlichen und technischen Vorschriften für die technische Nachrüstung älterer Diesel-Pkw erarbeitet. Zur Vollständigkeit gehöre aber auch, dass viele ältere Diesel-Pkw nicht nachgerüstet werden könnten, da der dafür notwendige Bauraum fehle.

Entscheidend sei, so Felix Schreiner, dass die NO_x-Belastung weiter kontinuierlich sinke. Seit dem Jahr 2000 sei die NO_x-Belastung im Straßenverkehr um rund 60 Prozent zurückgegangen. „Im Jahr 2016 haben noch 90 Städte den Grenzwert gerissen, 2017 ist diese Zahl auf 65 Städte gesunken. Diese Woche nun hat das zuständige Umweltbundesamt erste Zahlen für das Jahr 2018 vorgelegt: Zusammengefasst lässt sich sagen: Es besteht zwar weiterhin Handlungsbedarf, die Stickstoffdioxidbelastung in Deutschland ist aber erneut zurückgegangen“, so Felix Schreiner.

Investition in die Zukunft



Die baden-württembergische Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann war Gast bei der Landesgruppensitzung am Montag dieser Woche. Breiten Raum hat die Diskussion über den Digitalpakt eingenommen, in dessen Rahmen der Bund den Ländern 5 Milliarden Euro für dringend notwendige Fortschritte bei der Digitalisierung der Schulen zur Verfügung stellen möchte. Wir sind zuversichtlich, dass wir zu einer schnellen Lösung kommen, die den Schulen nützt und den föderalen Strukturen Rechnung trägt. Baden-Württemberg ist in der Bildungspolitik nach einer fünfjährigen Experimentierphase der grün-roten Landesregierung zwischen 2011 und 2016 wieder in der Spitzengruppe im bundesweiten Vergleich angekommen. Vom Erhalt unserer kleinen Grundschulen in den ländlichen Räumen über Qualitäts-offensiven in der Lehrerfortbildung bis hin zum Französischunterricht in den Grenzregionen reichten die Diskussionsthemen beim gemeinsamen Austausch. Wir haben deutlich gemacht, dass eine gute Bildungspolitik die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder darstellt - ein Ziel, das die CDU auf allen politischen Ebenen verfolgt.

Baden-Württembergische Spezialitäten



Vom 18. bis 27. Januar fand in Berlin die 83. Internationale Grüne Woche als Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau statt. Die baden-württembergischen Aussteller präsentierten ihre Köstlichkeiten unter dem Motto „Natürlich. Von Daheim.“, der Regionalkampagne der Landesregierung. Regionale Lebensmittel stehen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern nach wie vor hoch im Kurs – aus Sicht von **Alois Gerig MdB** (Wahlkreis Odenwald – Tauber) zu Recht: „Lebensmittel aus unserem Bundesland stehen nicht nur für

Qualität und Genuss, sie sind auch ein Stück Heimat – denn Heimat kann man auch schmecken.“ Mit dem Kauf regionaler Lebensmittel können die Konsumenten die Bauern von nebenan unterstützen und zum Erhalt der Kulturlandschaft vor der eigenen Haustür beitragen. Ob hausgemachte Maultaschen, heimische Säfte oder auch Odenwälder Grünkern-Muffins – die Messebesucher konnten an den Messeständen zahlreiche Spezialitäten aus Baden-Württemberg probieren. „Die Erzeugung von Lebensmitteln bedeutet harte Arbeit und setzt viel Können und Kreativität voraus.“ Nicht zuletzt deshalb hätten Lebensmittel eine höhere Wertschätzung verdient, so der Abgeordnete.

Was macht eigentlich ...



... der Vermittlungsausschuss?

In dieser Rubrik wollen wir die Tätigkeit der CDU-Landesgruppe und ihrer Mitglieder näher vorstellen sowie Begriffe und Aufgaben erläutern.

Der Vermittlungsausschuss ist ein Gremium, das zwischen Bundestag und Bundesrat fungiert. Der Vermittlungsausschuss besteht aus 16 Mitgliedern des Bundesrates und ebenso vielen des Bundestages, die entsprechend den Fraktionsstärken benannt sind. Seine Aufgabe liegt darin, einen Konsens zwischen Bundestag und Bundesrat zu finden, wenn vom Bundestag beschlossene Gesetze im Bundesrat keine Mehrheit finden. Weichen Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von denen des Bundestages ab, ist eine erneute Beschlussfassung im Bundestag erforderlich. Ist zu einem Gesetz die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, so können auch der Bundestag und die Bundesregierung die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangen, um eine Einigung herbeizuführen.

Aktuell wurde der Vermittlungsausschuss angerufen, um eine Verständigung hinsichtlich des Digitalpakts zu erzielen. Mit dem Digitalpakt Schule sollen fünf Milliarden Euro vom Bund an die Länder fließen. Dafür müsste allerdings das Grundgesetz geändert - und das Kooperationsverbot in der Bildung gelockert werden.

CDU-Landesgruppenchef **Andreas Jung MdB** ist aktuell für den Bundestag einer von zwölf CDU/CSU-Abgeordneten im Vermittlungsausschuss und leitet dort die Arbeitsgruppe zur Änderung des Grundgesetzes, die am Mittwoch eingesetzt wurde.

Weitere Informationen gibt es unter www.vermittlungsausschuss.de.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundes-tag.de/mediathek.

Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](http://Website.der.CDU-Landesgruppe).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

Weitere Informationen finden Sie unter

[E-Mail](#)
[Website](#)



Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), Deutscher Bundestag / Achim Melde (Gedenkstunde)

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)